

## V-32 Unsere grüne Friedens- und Außenpolitik

Gremium: BAG Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 14.09.2019

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### Antragstext

- 1 **Die internationalen Beziehungen durchlaufen dramatische Veränderungen. Dabei nehmen auch**  
2 **Spannungen und Widersprüche zu, auf die grüne Friedens- und Außenpolitik Antworten finden**  
3 **muss.** Der Verbrauch von Ressourcen und Umweltverschmutzung bedrohen unsere Lebensgrundlage.  
4 Der zunehmende Reichtum ist außerdem extrem ungleich verteilt. Was für einige Überfluss  
5 verspricht, bedeutet für viele Armut, Ausbeutung und Leidensdruck. Noch nie waren die  
6 Kommunikationsmöglichkeiten zwischen Ländern und Kulturen so vielfältig. Doch der Kontakt  
7 mit "anderen" wird nicht leichter. In Filterblasen sprechen wir immer öfter und  
8 verständnisloser über- statt miteinander.
- 9 All dies erhöht das Eskalationsrisiko lokaler und globaler Konflikte. **Umwelt-, Wirtschafts-,**  
10 **und soziale Krisen, aber auch militärische Auseinandersetzungen, Krieg und Flucht sind zu**  
11 **weltpolitischen Alltagserscheinungen geworden.** Oft hängen sie miteinander zusammen und  
12 verschärfen sich gegenseitig. Die zunehmende Polarisierung von Diskursen und Politik  
13 verhindert, dass Probleme bei ihren Ursachen angegangen werden. Die Propagierung  
14 kurzfristiger militärischer Lösungsansätze macht sie sogar noch schlimmer. Extrembeispiele  
15 dafür sind Kriege „gegen Terror“ oder „gegen Drogen“, oder die unkritische Aufrüstung  
16 vermeintlicher Verbündeter in Krisenregionen durch Waffenexporte.
- 17 Gerade herrscht auf der politischen Weltbühne zudem das Prinzip der Sicherheit durch  
18 Einschüchterung und Dominanz. Diesen Sicherheitsbegriff müssen wir umkehren. **Sicherheit ist**  
19 **für uns die Gewährleistung der universellen Menschenrechte** und umfasst auch die Beteiligung  
20 am politischen und öffentlichen Leben, Bildungs- und Chancengleichheit, gesundheitliche  
21 Aspekte, reproduktive und sexuelle Rechte, Ernährungssouveränität, gerechte  
22 Ressourcenverteilung und die Freiheit von Not und Furcht.
- 23 **Kern unserer außenpolitischen Bemühungen muss es sein, systematisch auf globale Entspannung**  
24 **und Überwindung von Gegensätzen hinzuarbeiten.** Dadurch gewinnen wir gegenseitiges Vertrauen  
25 zur dringend gebotenen gemeinschaftlichen Lösung globaler Schicksalsfragen. International  
26 müssen Deutschland und die EU dazu trotz Gegenwind noch intensiver auf eine Verrechtlichung  
27 und Institutionalisierung unseres globalen Miteinanders hinwirken. Dies bedeutet, das  
28 Völkerrecht und multinationale Institutionen zu verteidigen, zu stärken und  
29 weiterzuentwickeln. Gleiches gilt für das internationale Strafrecht und den Internationalen  
30 Strafgerichtshof. Wir stehen ein für die Stärke des Rechts statt dem Recht des Stärkeren.  
31 **Das geht nur effektiv, wenn wir uns selbst konsequent an internationale Abkommen und Normen**  
32 **halten und uns unserer eigenen geschichtlichen Verantwortung bewusst sind.**
- 33 **Grüne Friedens- und Außenpolitik ist im besten Sinne radikal.** Sie will die Probleme bei den  
34 Ursachen packen und denkt grundsätzlich präventiv. Kein Genozid fällt einfach so vom Himmel,  
35 keine Krise kommt ohne Vorboten. Und kein Krieg ist unausweichlich. Grüne Friedens- und

36 Außenpolitik ist deshalb auch kreativ. Sie versucht Entscheidungen zu vermeiden, bei denen  
 37 Politik zwischen zwei Übeln wählen muss. **Mit Dialog, Empathie und Vorstellungskraft bemühen**  
 38 **wir uns immer um gewaltfreie Ansätze zur Bearbeitung von Konflikten.**

39 Das Gewaltverbot des Art. 2 (4) der VN-Charta ist eine große Errungenschaft. Militärische  
 40 *Lösungen* für Konflikte gibt es nicht. Kampfeinsätze sind für uns höchstens letztes Mittel,  
 41 und immer Ausdruck eines Scheiterns.

42 Der Einsatz von Militär ist nur zum Selbst- und Bündnisschutz, auf dem Territorium eines um  
 43 militärischen Beistand bittenden Staates, sowie im Rahmen völkerrechtskonformer Missionen  
 44 mit Mandat der Vereinten Nationen, nämlich zur Wahrung des Weltfriedens, im Falle eines  
 45 Genozids oder bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit, zu rechtfertigen.

46 Militär kann allenfalls als ein Instrument zur Verhinderung solcher Verbrechen beitragen und  
 47 Bedingungen für Verhandlungslösungen schaffen. Wir werden Einsätzen der Bundeswehr nur mit  
 48 einem Mandat der Vereinten Nationen zustimmen. Jeder militärische Einsatz hat zugleich einen  
 49 hohen Preis. Es darf keinen militärischen Einsatz ohne einen Plan für die Konfliktnachsorge  
 50 und ohne Ausstiegs- und Abzugsstrategie geben.

51 Zudem braucht es gegenseitiges Verständnis: **Internationale und Interkulturelle Sensibilität**  
 52 **und Solidarität müssen auf allen Ebenen gefördert werden.** Dazu gehören möglichst allen  
 53 Menschen zugängliche Möglichkeiten des Austausches. Mobilität, Bildung und Kultur sind  
 54 hierbei wichtige Säulen. Bezüglich bestehender, sowie möglicher neuer Konflikte, braucht es  
 55 zudem deutlich stärkere Aufklärung und Analysefähigkeiten, sowohl in den außenpolitischen  
 56 Institutionen wie auch in unseren Gesellschaften insgesamt. **Unsere Außenpolitik muss hierauf**  
 57 **aufbauen und jeweils die Sichtweisen aller Beteiligten miteinbeziehen,** anstatt populistisch  
 58 und konfliktverschärfend primär irgendeine „Heimkurve“ zu adressieren.

## 59 **Feministische Außenpolitik**

60 **Die Hälfte der Macht den Frauen\* - das muss auch in der Außen- und Sicherheitspolitik**  
 61 **gelten!** Frauen\* bestimmen bisher nur selten mit, wenn es um die großen außenpolitischen  
 62 Herausforderungen und Konflikte geht. Dabei sind sie\* besonders drastisch von Kriegen,  
 63 Krisen und Umweltzerstörung betroffen. Frauen\* sollen jedoch nicht als Opfer stigmatisiert  
 64 werden, sondern als Akteur\*innen für Frieden und Sicherheit auftreten. Ein gerechtes und  
 65 friedliches Zusammenleben ist nur durch konsequente Teilhabe und Einbeziehung der  
 66 Perspektive von Frauen\* und marginalisierten Gruppen möglich.

67 **Wir verfolgen einen intersektionalen Ansatz.** Das heißt, dass wir besonders aufmerksam sind  
 68 für Überschneidung von verschiedenen Diskriminierungsformen. Systematische Benachteiligung  
 69 von Teilen der Bevölkerung beim Zugang zu Macht und Ressourcen birgt ein erhebliches  
 70 Konfliktpotenzial. Darum treten wir für eine Welt ein, in der alle ohne Gewalt und  
 71 Unterdrückung leben können.

72 **Krisen und Kriege treffen Frauen\* und andere verletzbare Gruppen in besonderer Heftigkeit**  
 73 **und ihre Perspektive bleibt dennoch unberücksichtigt.** Sexualisierte und genderbasierte  
 74 Gewalt wird vermehrt in und nach Konflikten ausgeübt, teils bewusst als Kriegswaffe  
 75 eingesetzt. Konfliktanalysen müssen in allen Phasen des Konfliktzyklus auch die  
 76 Genderperspektive einbeziehen. Das gilt von der Erarbeitung von Frühwarnmechanismen bis hin  
 77 zu Nothilfe und Wiederaufbau. Solche feministischen Analysen bilden die Grundlage für  
 78 politische Entscheidungen.

79 **Die Erfahrungen von Frauen\* müssen in die Verhandlungsrunden einfließen.** Aufgrund ihrer  
 80 Sozialisierung und spezifischen Betroffenheit haben Frauen\* oft einen Blick für  
 81 tieferliegende, strukturelle Ursachen von Konflikten und können daher zu besseren Lösungen  
 82 beitragen. Ihre Einbindung in Prozesse der Friedensförderung und Konfliktprävention darf

83 sich nicht auf bloße Anwesenheit beschränken, sondern muss auch Entscheidungsmacht umfassen,  
84 im zivilen und im militärischen Bereich.

85 Unsere feministische Außenpolitik sorgt für grundlegende gesellschaftliche Veränderung: **Wir**  
86 **wollen mit Diversität gegen homogene Machtzirkel und diskriminierende Netzwerke kämpfen.**  
87 Wenn es lokale, möglichst unabhängige Frauen\*organisationen gibt, sollen sie Zugang zu  
88 Verhandlungen und Öffentlichkeit erhalten. Wo noch keine solchen Organisationen bestehen,  
89 soll der Aufbau unterstützt werden. Gerade in Post-Konflikt-Situationen und  
90 Staatenbildungsprozessen sollte die Chance genutzt werden, die Entwicklung von  
91 Frauen\*rechten und -partizipation zu unterstützen.

92 **Auch Männer und Jungen profitieren von Gleichstellung und müssen dazu beitragen,**  
93 **Frauenrechte und Teilhabe voranzutreiben.** Um dem Problem von „militarisierter Maskulinität“  
94 zu begegnen, müssen wir patriarchalische und aggressive Männlichkeitsbilder in Frage  
95 stellen. Dies wird auch Männern und Jungen zugutekommen, die selbst an stereotypisierten  
96 Erwartungen an sie leiden, oder ebenfalls negativ von den Auswirkungen männlich dominierter  
97 Politik betroffen sind.

98 So umgesetzt ist eine feministische Außenpolitik ein Gewinn für alle Seiten. Mit ihr bauen  
99 wir verschiedene Formen der Benachteiligung ab und fördern so Stabilität und Frieden.

#### 100 **Abrüstung, Rüstungskontrolle und kooperative Sicherheit**

101 **Friedenspolitik heißt Konflikte annehmen und gewaltfrei bearbeiten.** Grundlage einer  
102 gewaltfreien Konfliktbearbeitung ist zum einen, die gegenseitigen Positionen, Interessen und  
103 Bedürfnisse zu achten. Dies erfordert andererseits, auf Waffengewalt und Drohungen zu  
104 verzichten. Die Bereitschaft zur wechselseitigen Entwaffnung und Aufgabe gegenseitiger  
105 Drohungen ist also Dreh und Angelpunkt für gewaltfreie Konfliktbearbeitung.

106 **Abrüstung, Rüstungskontrolle und Strukturen kooperativer Sicherheit zielen darauf ab,**  
107 **gewaltfreie Konfliktbearbeitung zu verstetigen.** Durch Verhandeln, Vereinbaren und Überwachen  
108 von Regeln und Grenzen für Bewaffnung wird das Gewaltpotential von Konflikten geschrumpft.  
109 Darüber hinaus bildet sich ein institutioneller Rahmen für Vertrauensbildung und gewaltfreie  
110 Konfliktbearbeitung. Dahinter steckt die Überzeugung, dass die Wahrung von Frieden mit einem  
111 kooperativen Sicherheitsverständnis besser gelingt als mit kompetitiven Konzepten von  
112 Sicherheit. Dieser Gedanke hat nach dem Ende des Kalten Krieges die sicherheitspolitische  
113 Zusammenarbeit beflügelt und zahlreiche Übereinkommen für Abrüstung, Rüstungskontrolle und  
114 Institutionen kooperativer Sicherheit ermöglicht.

115 **Die abrüstungs- und rüstungskontrollpolitischen Errungenschaften wurden jedoch nicht**  
116 **konsequent gepflegt und ausgebaut.** Stattdessen setzte sich immer wieder der Geist  
117 kompetitiver Sicherheit durch. Den begrenzenden Einigungen über Abrüstung und  
118 Rüstungskontrolle in bestimmten Bereichen wurde durch gezielte Aufrüstung und  
119 Neuentwicklungen von Waffensystemen in anderen Bereichen ausgewichen. Bündnisstrukturen  
120 wurden nicht durch Strukturen kooperativer Sicherheit ersetzt, sondern ausgedehnt und für  
121 neue Aufgaben verstärkt. Hinzu kommt die Aufrüstung neuer Regional- und Weltmächte.

122 Inzwischen zersetzt die weltweite Rüstungsspirale samt ihrer kompetitiven Sicherheitslogik  
123 auch die bereits geschaffene Abrüstungs- und Rüstungskontrollarchitektur insgesamt. Europa  
124 ist von diesem Vertrags- und Regelzerfall besonders betroffen. **Um Abrüstung,**  
125 **Rüstungskontrolle und kooperative Sicherheit wieder voranzubringen, müssen wir uns von**  
126 **Sicherheitsgoismen und Blockdenken lösen,** die ganze Bandbreite von Waffensystemen in den  
127 Blick nehmen und Verträge sowie Institutionen neu aufstellen.

128 Vor der eigenen Haustüre zu kehren ist der erste Schritt. **Rüstungsexporte in Krisengebiete**  
129 **und an Staaten, die systematisch Menschenrechte verletzen, müssen gesetzlich verboten sein.**

130 Nicht wirtschaftliche Erwägungen oder die eigene Rüstungsindustrie, sondern  
131 friedenspolitische Zielsetzungen müssen entscheidend sein. Auch auf europäischer Ebene  
132 müssen dem weltweiten Waffenhandel enge Grenzen gesetzt und die ausufernde Verbreitung  
133 europäischer Waffen in die ganze Welt beendet werden. Dies sowohl im Interesse der eigenen  
134 Sicherheit als auch, um der weltweiten Bewaffnung insbesondere von autoritären Staaten und  
135 in Krisengebieten entgegen zu wirken.

136 **Deutschland muss außerdem konsequent auf Nuklear- und andere Massenvernichtungswaffen**  
137 **verzichten.** Die hier stationierten Nuklearwaffen müssen abgezogen und der Ausstieg aus der  
138 Nuklearenergie im zivilen wie im militärischen Bereich vollendet werden. Wir wollen eine  
139 Verankerung von Nuklearenergie- und Nuklearwaffenfreiheit im Grundgesetz diskutieren.  
140 International muss sich Deutschland für Verbot und die Ächtung aller  
141 Massenvernichtungswaffen einsetzen und alle Verträge, die dieses Ziel verfolgen,  
142 unterstützen. Dazu zählen heute auch der Nuklearer Nichtverbreitungsvertrag und der  
143 Nuklearwaffenverbotsvertrag.

144 **Wir treten für ein generelles Verbot von Waffensystemen ein, die grausam und unterschiedlos**  
145 **töten und nicht mit dem humanitären oder Kriegsvölkerrecht vereinbar sind.** Neben den  
146 Massenvernichtungswaffen zählen hierzu Antipersonenminen und Streumunition. Die Entwicklung  
147 neuer Systeme, die gegen diese Grundregeln verstoßen, lehnen wir ab und treten für deren  
148 weltweites Verbot ein. Auch bewaffnete Drohen und **Waffensysteme, die ohne effektive**  
149 **menschliche Kontrolle Entscheidungen über Leben und Tod treffen können, lehnen wir für die**  
150 **Bundeswehr ab und setzen uns für deren Ächtung und Verbot ein. Die weitere Militarisierung**  
151 **des Weltraums nehmen wir nicht hin.** Für all diese Kategorien braucht es klare internationale  
152 Regeln bzw. Verbote, und Regime zur Sicherstellung ihrer Einhaltung.

153 **Die zunehmende Ausweitung der militärischen Nutzung neuer Technologien betrifft auch**  
154 **besonders den digitalen Raum.** Hier treten wir für klare Grenzen und einen Verzicht auf die  
155 offensive militärische Nutzung ein und sehen die Verantwortung für den Schutz der IT-  
156 Infrastruktur im Innen- und nicht im Verteidigungsressort. Sie darf außerdem nicht gegen  
157 Bürger\*innen- und Menschenrechte ausgespielt werden, insbesondere nicht im Datenschutz.

158 **Als Motor künftiger Abrüstungs- und Rüstungskontrollinitiativen soll das humanitäre**  
159 **Völkerrecht dienen,** das den Schutz der Bevölkerung in den Mittelpunkt stellt. Mit dieser  
160 Perspektive können wir auch künftigen militärtechnologischen Entwicklungen Grenzen setzen  
161 und die gewaltfreie Konfliktbearbeitung fördern. Darum wollen wir das humanitäre Völkerrecht  
162 stärken und weiterentwickeln.

163 Um Abrüstung, Rüstungskontrolle und kooperative Sicherheit wieder voranzubringen, müssen wir  
164 uns von Sicherheitsegoismen und Blockdenken lösen. **Wir wollen einen Paradigmenwechsel in der**  
165 **Sicherheitspolitik und Strukturen der kooperativen Sicherheit auf- und ausbauen,** die  
166 perspektivisch kompetitiv ausgerichtete Sicherheitsallianzen ersetzen können. Hierzu müssen  
167 auch Deutschland und die EU sich loslösen von einer kurzfristigen, weil egoistischen  
168 Sicherheitspolitik und den Prinzipien der Abschreckung und Abschottung.

#### 169 **Multilateralismus und seine wichtigsten Institutionen: EU und VN**

170 Wir müssen anerkennen, dass es viele Akteur\*innen in unserer globalen Realität gibt, die ihr  
171 Handeln auf eine „Logik der Unsicherheit“ stützen. Damit müssen wir vor allem kurzfristig  
172 auch pragmatisch umgehen. Wo immer möglich verfolgen wir aber einen anderen Ansatz. Dazu  
173 gehören die zivile Krisenprävention und der verstärkte Einsatz diplomatischer Mittel.

174 **Anstatt uns in die Ecke drängen zu lassen, wollen wir Verbündete suchen, die dem eine**  
175 **solidarische und offene Perspektive auf die Welt entgegensetzen.** "Wir" muss dabei wegen  
176 ihrer Kombination aus Gewicht und prinzipieller Einigungsfähigkeit wo möglich mindestens die  
177 EU bedeuten, aber als Begriff immer wertorientiert erweiterbar bleiben.

178 **Eurozentrismus, d.h. den primären oder ausschließlichen Bezug globaler Fragestellungen auf**  
179 **uns, oder den Glauben, Europa wüsste oder könne alles besser, lehnen wir ab.** Diese Denkweise  
180 verhindert es oft, konstruktiv mit anderen zusammenzuarbeiten. Es ist im Gegenteil besonders  
181 wichtig, die Sicht anderer auf Europa und Deutschland anzuerkennen und zu berücksichtigen.  
182 Dies gilt insbesondere für Zusammenhänge, in denen letztere besondere historische  
183 Verantwortung tragen, wie z.B. im Zusammenhang des Kolonialismus, der Shoah oder anderen  
184 massiven Verbrechen. Deren Aufarbeitung darf nicht enden und muss immer die Perspektiven der  
185 Opfer mit einbeziehen.

186 **Die weitere Einigung und Entwicklung Europas im Sinne einer friedlichen EU darf nicht in**  
187 **pauschaler Abgrenzung zu oder gar Dämonisierung von anderen Staaten erfolgen,** sondern muss  
188 mit Dialog und friedlichem Ausgleich und den Interessen aller im Blick einhergehen. So kann  
189 sie mehr noch als ein Einigungsprozess nach innen, auch ein Friedens- und  
190 Entwicklungsprozess nach außen sein. Dieses Potenzial wird heute noch zu wenig genutzt. Im  
191 Gegenteil: Europas Verschleppung u.a. einer echten, mindestens EU-weit koordinierten  
192 Energiewende gefährdet das Weltklima, während viele europäische Konsum- und Handelsmuster  
193 vor allem Menschen andernorts die Existenzgrundlagen entziehen. Zudem treiben europäische  
194 Waffenexporte Aufrüstungsspiralen und entsprechende Unsicherheitslogiken an, während  
195 europäische Migrationspolitik einseitig auf Abschottung setzt und so den Tod vieler Menschen  
196 zu verantworten hat.

197 Europa kann einen Unterschied machen, wenn es um Menschenrechte, Frieden, Sicherheit und  
198 Freiheit geht, auch über seine Grenzen hinweg! Wir wollen uns darum für ein Gemeinsames Haus  
199 Europa einsetzen. Dafür braucht es eine starke EU, aber auch viel Engagement für  
200 Institutionen wie die OSZE und die Zusammenarbeit im Europarat. **Unsere Vision eines**  
201 **außenpolitisch starken Europas ist eine zivile, eine inklusive, eine solidarische Stärke,**  
202 **die aus einer menschenrechtsorientierten Politik friedensstiftend wirkt.** Den aktuellen Fokus  
203 in der EU auf eine Union der Verteidigung lehnen wir ab. Er beschränkt Europas  
204 Friedenspotenziale und führt zu weiterer Aufrüstung. Eine wie auch immer geartete nukleare  
205 Bewaffnung einer EU-Armee ist für uns nicht akzeptabel. Eine EU-Armee ist für uns nur  
206 diskutabel, sofern ihr Einsatz (vergleichbar mit der Bundeswehr) an einen EU-  
207 Parlamentsvorbehalt gebunden ist und sie durch Synergie-Effekte insgesamt deutlich  
208 Rüstungsausgaben einspart. Sie darf aber nicht unsere Sicht und Prioritäten bezüglich  
209 nachhaltiger Konfliktbehandlung bestimmen. Stattdessen liegt unser Schwerpunkt in der  
210 Früherkennung und Prävention und wir fordern, die finanziellen Mittel dafür, anstatt für  
211 Militär, auszuweiten.

212 Seit vielen Jahren wird gefordert, dass Europa, bzw. die EU, „weltpolitikfähig“, d.h. geeint  
213 handlungsfähig, werden solle. Jedoch: **Europas außen- und sicherheitspolitische Einigung, so**  
214 **wie wir sie uns vorstellen, kann sich nur in der Zuwendung zum Multilateralen Dialog**  
215 vollziehen. Multilateralismus bedeutet, dass zentrale Akteure ihre Politik im gegenseitigen  
216 Respekt miteinander absprechen und gemeinsam handeln. Nur so können wir auch den Grundstein  
217 setzen für einen globalen Ordnungsrahmen, der zur neuen, multipolaren Ära passt und dem  
218 Ausgleich dienlich ist.

219 Die Vereinten Nationen (VN) haben sich in den ereignisreichen und wechselhaften Jahrzehnten  
220 ihrer Existenz als Institution mit zahlreichen Unterorganisationen stark erweitert, um  
221 globalen Herausforderungen besser begegnen zu können. Zentrale Probleme der politischen  
222 Steuerung und Entscheidungsfindung in ihren Gremien wurden jedoch nach einer kurzen, durch  
223 das Ende des Kalten Krieges bedingten Hoffnungsphase wieder offensichtlicher. Hinweise auf  
224 Missstände sollen von uns aber keine Pauschalkritik sein, wie sie oft gerade von denen  
225 kommt, die effektiven Multilateralismus ausbremsen - **Gerade weil wir die VN als die primäre**  
226 **Akteurin und Verhandlungsort für globale Fragen stärken wollen, kritisieren wir ihren**  
227 **aktuellen Zustand.**

228 Vor allem der VN-Sicherheitsrat als nach wie vor das zentrale Gremium, das  
229 friedenserhaltende und friedens erzwingende Maßnahmen beschließen kann, wird seinen  
230 Anforderungen nicht gerecht. Seine Zusammensetzung ist nicht repräsentativ: Viele Länder mit  
231 sehr großen Bevölkerungen (z.B. Indien) sitzen hier nicht dauerhaft mit am Tisch. Und das  
232 einsame Vetorecht seiner fünf ständigen Mitglieder wird oft für Sonderinteressen  
233 missbraucht, selbst wenn diese viele Menschen zu Leid, Elend, Unterdrückung und Tod  
234 verdammen. **Multilaterale Strukturen wie der VN-Sicherheitsrat müssen dahingehend reformiert  
235 werden, dass sie demokratischer, repräsentativer als auch weniger blockadeanfällig werden.  
236 Deshalb fordern wir eine Reformierung der Sitzverteilung im VN-Sicherheitsrat und des  
237 Vetorechts. Gleichzeitig müssen regionale Institutionen wie zum Beispiel die Afrikanische  
238 Union weiter gestärkt und die Kooperation mit ihnen ausgebaut werden.**

239 Zudem mangelt es an ausreichender Ausstattung zahlreicher VN-Organisationen, um ihre  
240 wachsenden Aufgaben angemessen zu erfüllen. Dies gilt für die finanzielle und auch die  
241 personelle Ausstattung. Vor allem wenn Gefahr im Einsatz droht, wie im Falle von  
242 Polizist\*innen oder Soldat\*innen, zögern gerade die reicheren Staaten, darunter Deutschland,  
243 ihren Fähigkeiten gemäß mit anzupacken. **Ehrlicher und effektiver Multilateralismus bedeutet  
244 für uns nicht „nur“, in für den Weltfrieden kritischen Situationen die Einhaltung  
245 internationaler rechtlicher Normen zu fordern, sondern auch, sich an entsprechend  
246 beschlossenen Maßnahmen nach Kräften zu beteiligen.**

247 **Unser Respekt und unsere Wertschätzung gelten all jenen, die die in der VN-Charta  
248 verankerten Werte und Menschenrechte mit Leben füllen und in der Welt vertreten.** Dazu  
249 gehören international wie national insbesondere auch Diplomat\*innen, Aktive der  
250 Entwicklungszusammenarbeit, zivile Krisenhelfer\*innen, sowie die Angehörigen von  
251 Streitkräften. Sie alle wollen wir anhören und nehmen sie in unseren außen- und  
252 friedenspolitischen Positionierungen ernst.